

**Entwurf einer Wahl- und Geschäftsordnung für die
Vertreter*innenversammlung am 27. und 28.01.2024 in Templin
zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2024**

1.

Grundlage für die Aufstellung der Landesliste sind das Brandenburgische Landeswahlgesetz, die Bundes- und die Landessatzung der Partei Die Linke und deren Wahlordnung.

2.

Der Ablauf der Landesvertreter*innenversammlung richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Rahmenzeitplan.

3.

Aktives Wahlrecht haben die stimmberechtigten Vertreter*innen der Vertreter*innenkonferenz zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten der Linken für die Landesliste zur Landtagswahl 2024 im Sinne des Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, sowie der Regelungen des Bundeswahlgesetzes. Wählen können nur Vertreter*innen, die

- a. zum Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz Mitglied der Linken sind,
- b. das 16. Lebensjahr vollendet haben,
- c. Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind,
- d. seit mindestens einem Monat ihren Hauptwohnsitz im Land Brandenburg inne haben und
- e. nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Die Stimmberechtigung der an der Abstimmung über die Bewerber*innen Teilnehmenden muss ausdrücklich festgestellt werden. Die* Der Versammlungsleiter*in hat auf der Grundlage der Arbeit der Mandatsprüfungskommission festzustellen, dass das aktive Wahlrecht keiner*es an der Versammlung teilnehmenden Vertreterin*s, angezweifelt wird.

4.

Das passive Wahlrecht sowie dessen Ausschluss erfolgt auf der Grundlage der Bestimmungen des Wahlgesetzes des Landes Brandenburg. Wählbar ist jede/r Wahlberechtigte, die/der

- a.) am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat,

b.) Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist und

c.) nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen ist.

Bewerberinnen und Bewerber für die Landesliste der Linken zur Landtagswahl 2024 müssen Mitglieder der Linken oder parteilos sein.

5.

Über die Anzahl „N“ der zu besetzenden Listenplätze wird in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der anwesenden VertreterInnen entschieden.

6.

Die Landesvertreter*innenversammlung bestimmt in offener Abstimmung die*den Versammlungsleiter*in, die*den Schriftführer*in, die*den Beisitzer*innen (bis zu 8) und zwei Personen, welche gegenüber der*dem Landeswahlleiter/in eine eidesstattliche Versicherung gemäß § 25 Abs. 6 BbgLWahlG abgeben, sowie die Vertrauensperson und die stellvertretende Vertrauensperson. Des Weiteren bestimmt die Landesvertreter*innenversammlung in offener Abstimmung eine Mandatsprüfungskommission. Die Mandatsprüfungskommission kann für ihre Arbeit Helfer*innen hinzuziehen.

7.

Die*Der Versammlungsleiter*in leitet die gesamte Landesvertreter*innenversammlung. Versammlungsleiter*in und Schriftführer*in können sich dabei durch die Beisitzer*innen vertreten lassen.

8.

Die Landesvertreter*innenversammlung wird mit Unterstützung der Konferenz-Software OpenSlides durchgeführt. Die Vertreter*innen nutzen hierfür ein geeignetes privates Endgerät. Steht ihnen ein eigenes Endgerät nicht zur Verfügung, wird es nach vorheriger Anmeldung durch die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt. Jede*r Vertreter*in erhält mit der Einladung persönliche Zugangsdaten und verpflichtet sich zum sorgfältigen Umgang mit diesen. Sie dürfen Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Bei Verlust ist unverzüglich der technische Support zu informieren.

9.

Die Landesvertreter*innenversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten Vertreter*innen anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Zu diesem Zweck

melden sich die Vertreter*innen zu Beginn jedes Beratungstags in OpenSlides an. Verlässt ein*e Vertreter*in vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie*er sich in OpenSlides ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Tagungspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass sich so viele Vertreter*innen abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit der Landesvertreter*innenversammlung gefährdet sein kann.

10.

Die Landesvertreter*innenversammlung bestimmt in offener Abstimmung die*den Wahlleiter*in, die*den stellvertretenden Wahlleiter*in und die weiteren Mitglieder der Wahlkommission. Wer selbst für die Landesliste kandidiert, kann nicht Mitglied der Wahlkommission sein.

Die Wahlkommission leitet die Abstimmungen zur Landesliste und ermittelt die Ergebnisse. Sie kann zur Sicherung eines zügigen Ablaufs Abstimmungshelfer*innen hinzuziehen.

11.

Stimmrecht haben alle satzungs- und wahlrechtsgemäß gewählten Vertreter*innen. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Jede*r Vertreter*in hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

12.

Die Wahl erfolgt für die Listenplätze 1 bis 10 in Einzelwahl. Es gilt die Wahlordnung der Partei Die Linke. Für die Listenplätze 11 bis N erfolgt die Aufstellung im sog. Poolverfahren, mit Rangziffervergabe (siehe Punkt 22 ff der WO)

13.

Alle Bewerber*innen können sich der Versammlung persönlich vorstellen. Der gemeinsame Vorschlag von Landesausschuss und Landesvorstand für die Listenplätze 1 bis 10 wird jeweils zuerst vorgestellt. Die Vorstellungsreihenfolge folgt im Übrigen dem Alphabet.

Die Bewerber*innen stellen sich in Blöcken zu je fünf Personen vor. Die Redezeit zur Vorstellung je Bewerber*in beträgt fünf Minuten. Bewerber*innen für den Listenplatz 1 erhalten 15 Minuten Redezeit. Jede*r Bewerber*in darf sich nur einmal vorstellen, auch wenn sie*er in verschiedenen Wahlgängen antritt.

14.

Es ist ausreichend Zeit für Anfragen und für Diskussion der Vorschläge vorzusehen. Pro Bewerber*in beträgt die Redezeit für Anfragen und Diskussion 3 Minuten. Anfragen und Diskussionsbeiträge zu den Bewerber*innen werden von den Saalmikrofonen gehalten.

15.

Die Stimmabgabe für die Wahlgänge in Einzelwahl sowie das Poolverfahren mit Rangziffernvergabe werden elektronisch mit OpenSlides durchgeführt. Die Wahlergebnisse der elektronischen Wahl sind im Anschluss durch eine Wahl per Stimmzettel zu bestätigen. Die Bestätigung erfolgt getrennt für die Listenplätze 1-10 sowie 11-N.

16.

Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen oder wenn der Wille der/des Abstimmenden nicht entsprechend dieser Ordnung erkennbar ist.

Aufstellungsverfahren:

Zusammensetzung der Landesliste

17.

Die Bewerbungen müssen schriftlich oder während der Versammlung von einer*m Vertreter*in oder der/dem Bewerber/in selbst mündlich eingebracht werden.

Zur Sicherung der Geschlechterquotierung gemäß Bundes- und Landessatzung der Partei gilt:

- Listenplatz 2 bleibt bei einem männlichen Spitzenkandidaten einer Frau vorbehalten.
- Die ungeraden Listenplätze ab Platz 3 bleiben Frauen vorbehalten.

Vorschläge und Abstimmungsverfahren

Für die Listenplätze 1 bis 10 gilt Folgendes:

18.

Für die Listenplätze 1 - 10 wird ein Vorschlag von Landesvorstand und Landesausschuss eingebracht. Dieser Vorschlag enthält die Frauen und Männer, die in der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand und Landesausschuss nominiert worden sind, er enthält auch einen Vorschlag des Jugendverbandes. Weitere Bewerbungen sind für jeden dieser Plätze unter Beachtung der Mindestquotierung möglich. In den darauf folgenden geheimen Wahlgängen ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen auf sich vereint.

19.

Ist die Zahl der Bewerber*innen in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu vergebenden Plätze, entfällt die Möglichkeit der Abgabe von Nein-Stimmen (§ 8 Abs. 5 der Wahlordnung der LINKEN). Ist die Zahl der Bewerber*innen in einem Wahlgang nicht größer als die Zahl der zu vergebenden Plätze kann für jede*n Bewerber*in mit Ja, Nein oder Enthaltung gestimmt werden.

20.

Für den Fall, dass in einem Wahlgang mehrere Kandidat*innen antreten und keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlganges. Gewählt ist in diesem Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

Für die Listenplätze ab Listenplatz 11 bis Listenplatz N gilt folgendes:

21.

Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung

Im nächsten Wahlgang werden die noch nicht besetzten, den Frauen vorbehaltenen (ungeraden) Listenplätze als gleiche Mandate gemäß § 6 Abs. 4 Wahlordnung der Linken bis zum Ende der Liste an weibliche Bewerberinnen wie folgt vergeben.

(1) In einem Wahlgang (Wahlgang Nr. 1) wird abgestimmt, welche Bewerberinnen am Wahlgang Nr. 2 (Bestimmung der Platzziffer) teilnehmen

können. Treten nicht mehr Bewerberinnen an, als Plätze zu vergeben sind, nehmen nur die Bewerberinnen am Wahlgang Nr. 2 teil, die mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten haben (§ 10 Abs. 2 Wahlordnung der LINKEN). Liegen mehr Bewerbungen zu Kandidaturen vor, als ungerade Plätze bis zum Listenplatz N vorhanden sind, ist damit die Möglichkeit von Neinstimmen entfallen (vgl. Ziff. 19). Es sind die Bewerberinnen in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen bis zur Anzahl der zu vergebenden Plätze gewählt, auf die mehr als ein Viertel aller Stimmen entfallen sind (§ 10 Abs. 2 der Wahlordnung der LINKEN).

(2) In einem nächsten Wahlgang (Wahlgang Nr. 2) wird für alle gewählten Bewerberinnen eine Reihung gebildet. Dabei können zwei Stimmen weniger vergeben werden als die Anzahl der im Wahlgang nach Ziff. 21 (1) bestimmten Frauen. Je Bewerberin ist eine Stimme möglich. Die Möglichkeit der Nein-Stimme entfällt. Es müssen nicht alle Stimmen vergeben werden. Eine Gesamt-Enthaltung ist möglich. Die Reihenfolge der Bewerberinnen ergibt sich aus der Stimmzahl in absteigender Rangfolge. Bei gleichen Stimmenanzahl entscheidet das Los. In dieser Reihenfolge werden die Bewerberinnen auf den den Frauen vorbehaltenen Plätzen der Landesliste einsortiert.

22.

Wahlgänge gemischte Liste

Im nächsten Wahlprozedere (Wahlgänge Nr. 3 und Nr. 4) werden so viele Listenplätze als gleiche Mandate gemäß § 6 Abs. 4 Wahlordnung der LINKEN vergeben, wie weitere Listenplätze bis zum Listenplatz N vorhanden sind. In diesem Wahlgang kandidieren die Männer und die bisher nicht gewählten Frauen, so sie denn einer weiteren Kandidatur nicht widersprechen.

(1) In einem Wahlgang (Wahlgang Nr. 3) wird abgestimmt, welche Bewerber*innen am Wahlgang Nr. 4 (Bestimmung der Platzziffer) teilnehmen können. Treten nicht mehr Bewerber*innen an, als Plätze zu vergeben sind, nehmen nur die Bewerber*innen am Wahlgang Nr. 4 teil, die mehr Ja- als Nein-Stimmen erhalten haben. Liegen mehr Bewerbungen zu Kandidaturen vor, als noch zu vergebene Plätze für die Liste vorhanden sind, entfällt damit die Möglichkeit von Neinstimmen (vgl. Ziff. 19), sind die Bewerber*innen in der Reihenfolge ihrer Stimmzahlen bis zur Anzahl der zu vergebenden Plätze gewählt, auf die mehr als ein Viertel aller Stimmen entfallen ist (§ 10 Abs. 2 der Wahlordnung der LINKEN).

(2) In einem nächsten Wahlgang (Wahlgang Nr. 4) wird für alle gewählten Bewerber*innen eine Reihung gebildet. Dabei können zwei Stimmen weniger vergeben werden als die Anzahl der im Wahlgang nach Ziff. 22 (1) bestimmten Bewerber*innen. Je Bewerber*in ist eine Stimme möglich. Die Möglichkeit der Nein-Stimme entfällt. Es müssen nicht alle Stimmen vergeben werden. Eine

Gesamt-Enthaltung ist möglich. Die Reihenfolge der Bewerber*innen ergibt sich aus der Stimmzahl in absteigender Rangfolge. Bei gleichen Stimmenanzahl entscheidet das Los. In dieser Reihenfolge werden die Bewerberinnen auf den nicht den Frauen vorbehaltenen Plätzen der Landesliste einsortiert. (siehe Ziffer 16.).

23.

In einem abschließenden Wahlgang wird die aufgestellte Landesliste der LINKEN Landesverband Brandenburg für die Wahl zum 8. Brandenburgischen Landtag zur Wahl gestellt. Die Landesliste ist gewählt, wenn der Listenvorschlag die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Jede*r Vertreter*in hat in diesem Wahlgang eine Stimme. Der Stimmzettel lässt die Möglichkeit zur Zustimmung, zur Verneinung und zur Stimmenthaltung zu.

Stimmzettel ohne klares Wählervotum sowie Stimmzettel, auf denen Streichungen von Namen bzw. Hinzufügungen von Anmerkungen oder Namen versehen sind, sind ungültig.

24.

Zieht eine bereits auf einen Listenplatz nominierte und gewählte Bewerberin bzw. ein bereits auf einen Platz nominiertes und gewählter Bewerber noch vor der Wahl der Landesliste durch die Vertreter*innenkonferenz nach Ziffer 23. die Kandidatur zurück, so rückt auf diesen Landeslistenplatz die im jeweiligen Wahlgang und Wahlverfahren ermittelte nächstplatzierte Person vor.

Zieht eine Bewerberin*ein Bewerber nach der Wahl der Landesliste gemäß Ziffer 23. und vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Landesliste beim Landeswahlwahlleiter ihre* seine Kandidatur zurück bzw. nimmt sie bzw. er die Wahl nicht an, so rückt die*der auf der Landesliste unmittelbar nachfolgende Person auf diesen Platz vor. Die Anzahl der Personen auf der Landesliste reduziert sich um die Zahl der zurückgezogenen Kandidaturen.